

2.1 Subjektivierung in gouvernementalen Machtverhältnissen

In der Rezeption der Foucaultschen Theorien erlebt der Gouvernementalitätsansatz seit einiger Zeit eine Konjunktur: Forschungen diverser Disziplinen knüpfen an Foucaults Perspektive an, bspw. zur Interpretation zeitgenössischer Erscheinungen im Sinne neoliberaler Machtverhältnisse und/oder zur Untersuchung von Bereichen des Sozialen auf Normalisierungen. Darüber hinaus finden sich die Foucaultschen Gedanken zu Macht, der Sorge um sich selbst und neoliberalen Subjekten zunehmend auch als theoretische Referenz in populärwissenschaftlichen Texten, die sich mit Manifestationen neoliberal-ökonomisierter Entwicklungen auf Subjektebene in der Gegenwartsgesellschaft beschäftigen. So erfährt bspw. das Thema Selbstoptimierung seit 2013 eine große Popularität (vgl. u. a. Artikel in *Zeit*², *FAZ*³, *Welt*⁴, *Deutschlandfunk*⁵).

Foucaults Ausführungen zur Gouvernementalität sind seiner Spätphase zuzuordnen. Allerdings blieb dieser Teil seiner Forschungen, die er erstmals 1978/1979 in Form von zwei Vorlesungen vorstellte, fragmentarisch⁶. Im ersten Teil der Vorlesungen systematisiert und analysiert Foucault Ausprägungen von Macht in ihrer historischen Entwicklung. Diese genealogischen Ausführungen Foucaults spielen in der Rezeption seiner Theorie eher eine untergeordnete Rolle. Als Grundlage zur Anwendung und Weiterentwicklung wirken Foucaults Konzepte zu Machtbeziehungen im Neoliberalismus und die damit verbundenen Prozesse von Selbstformierungen, also die »Annahme, der Mensch unterstehe, wie die Kultur und die Gesellschaft, in denen er sich als Subjekt formt, den unbewussten Strukturen des Wissens und sozialen Machtgefügen« (Bublitz 2014: 385).

Im Jahr 2004 wurden Foucaults Vorlesungsreihen im französischen Original veröffentlicht wie auch in der deutschen Übersetzung unter dem Titel *Geschichte der Gouvernementalität*. In der wissenschaftlichen Forschung setzte eine breitere Auseinandersetzung mit dem Begriff der Gouvernementalität in den 1990er Jahren im Zuge der Veröffentlichung des Sammelbands *The Foucault Effect. Studies in Governmentality* (Burchell et al. 1991) ein, zunächst vor allem im angelsächsischen Raum, später weltweit. In Anlehnung an den Titel dieses Buches entwickelte sich der Terminus *Governmentality Studies* für Forschungen, die an das Gouvernementalitätskonzept Foucaults anschließen⁷.

2 <https://www.zeit.de/2013/33/selbstoptimierung-leistungssteigerung-apps>, Stand 22.1.2019.

3 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/selbstoptimierung-mensch-in-der-mangel-13305118.html>, Stand 22.1.2019.

4 <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/Maxeiner-und-Miersch/article125771182/Selbstoptimierung-ist-die-neue-erste-Buergerpflicht.html>, Stand 22.1.2019.

5 https://www.deutschlandfunkkultur.de/bodystyling-mein-koerper-mein-ich.1005.de.html?dram:article_id=438101, Stand 22.1.2019.

6 Möglicherweise ist diese Tatsache Foucaults frühem Tod im Alter von 57 Jahren geschuldet. Lemke (2000) allerdings vertritt die Ansicht, Foucault habe die Vorlesungen ohnehin nicht zur Publikation vorgesehen.

7 Ein Kritikpunkt am Foucaultschen Gouvernementalitätskonzept ist dessen lückenhafte und unvollständige Ausarbeitung und die teilweise uneinheitliche Verwendung der relevanten Termini. Der Vorwurf lautet, dass sich der Ansatz dadurch nicht systematisch erkenntnis- und wissenschaftstheoretisch standardisieren ließe. Da die AutorInnen, die ihre Forschungen gouvernementalitätstheoretisch verorten, Foucaults Begrifflichkeiten unterschiedlich verwenden, und diese

Die Gegenstände der gouvernementalitätstheoretisch verorteten Forschungen zeichnen sich aus durch eine große Heterogenität: Sie reichen von Feldern wie Medien, Alter, Geschlecht, Bildung, Körper über Risikoversorge, Versicherung und Medizin bis hin zu Sicherheitspolitik und Kriminologie. Die AutorInnen loten i. d. R. sozialpolitische und/oder -kulturelle Transformationen im Spannungsfeld neoliberaler Machtverhältnisse der Gegenwartsgesellschaft kritisch aus. Rezente Problemfelder werden so als programmatische Blaupause verfolgt, anhand derer sich die Ausprägungen von spezifischen Rationalitäten in ihrer konkreten Praxis empirisch durchleuchten lassen.

2.1.1 Die Entwicklung neoliberaler Machtverhältnisse in Michel Foucaults Gouvernementalitätskonzept

Michel Foucault führte den Begriff der Gouvernementalität 1978/1979 in zwei im Collège de France gehaltenen Vorlesungen mit den Titeln *Securité, territoire et population* und *Naissance de la biopolitique* (Foucault 2014a, Foucault 2014b) ein. In diesen entwirft Foucault einen genealogischen Überblick zu Entstehung und Wandel unterschiedlicher Arten von Machtbeziehungen⁸ sowie eine Analyse der Machtverhältnisse der Gegenwartsgesellschaft⁹: Im ersten Teil seiner Vorlesungen skizziert Foucault eine Genealogie der Machtbeziehungen qua Untersuchung des in verschiedenen historischen Phasen unterschiedlichen Verständnisses von Macht und daran anschließenden Umsetzungen von Regierung. Dabei gilt Foucaults primäres Interesse nicht einer chronologischen Darstellung; er unterteilt nicht hinsichtlich herkömmlicher historischer Epochen, für deren Verlauf er eine Weiterentwicklung – im Sinne einer Verbesserung der Verhältnisse – zugrunde legen würde. Er sieht seine genealogische Forschung als Diagnose von Prozessen, die er nicht als »notwendige Kausalitäten« (Lüders 2004: 56) analysiert, sondern als »Formierung von Zufällen und Herrschaftskämpfen« (ebd.). Die Ausprägungen von Machtausübung und -beziehungen erkennt und untersucht Foucault in Form konkreter Praxen und Diskurse, die er in allen Bereichen der Gesellschaft lokalisiert. Unter diesen Prämissen leitet Foucault eine Bestimmung der Technologien der Macht bzw. Rationalitäten der Regierung, ihrer Bereiche und Gegenstände ab. Die genealogische Methode bietet qua Befragung von spezifischen historischen Manifestationen und Verhältnissen auf ihre Ermöglichungsbedingungen hin eine Art entnaturalisierenden Zugang zur

Forschungen zudem durch heterogene Untersuchungsgegenstände und Methoden gekennzeichnet sind, wird teilweise in Frage gestellt, ob man von einer eigenen Forschungsdisziplin der Governmentality Studies sprechen könne (vgl. Osborn 2004).

8 Macht stellt die zentrale Thematik dar, die sich in Form unterschiedlicher Analysegegenstände wie ein roter Faden durch Foucaults gesamtes Werk zieht. Foucault führte kurz vor seinem Tod aus, dass es ihm dabei darum gehe, Prozesse der Subjektwerdung zu untersuchen. Die Machtanalyse stelle dafür lediglich ein Vehikel bereit, so Foucault (1987): »Zunächst möchte ich darlegen, was das Ziel meiner Arbeit während der letzten 20 Jahre war. Es war nicht die Analyse der Machtphänomene und auch nicht die Ausarbeitung der Grundlagen einer solchen Analyse. Meine Absicht war es vielmehr, eine Geschichte der verschiedenen Verfahren zu entwerfen, durch die in unserer Kultur Menschen zu Subjekten gemacht werden. [...] Nicht die Macht, sondern das Subjekt ist deshalb das allgemeine Thema meiner Forschung. Aber die Analyse der Macht ist selbstverständlich unumgänglich.« (Ebd.: 243)

9 Seine Ausführungen sieht Foucault (2005a) als gültig »im gesamten Abendland« (ebd.: 171).

Reflexion über diese und eine Bewusstmachung deren (historischer) Relativität (vgl. Wehrle 2016: 236)

Im Rahmen der Untersuchung der Genealogie der Macht differenziert Foucault drei Arten von Machtverhältnissen, die in ihrer Ausübung, ihren Mechanismen und Techniken prägend sind für die Strukturen und Beziehungen einer Gesellschaft: Die erste Machtform bezeichnet Foucault als *Souverän*. Dazu zählt bspw. die Regierung der Stadt in antiken Führungskonzeptionen oder die Pastoralmacht innerhalb des Christentums. Diesen Machttyp sieht Foucault charakterisiert durch eine »augenfällige Asymmetrie« (Foucault 1999: 278), da ein Souverän die Macht besitzt, Repression anzuwenden. Als zentrales Instrument der Machtausübung eines Souveräns bezeichnet Foucault »sterben zu machen oder leben zu lassen« (ebd.). Diese Souveränitätsmacht erkennt Foucault durch ihren vorwiegend repressiven Charakter als grundsätzlich anders geartet als die »moderne Macht«, deren Entwicklung er mit dem ausgehenden 17. und im Laufe des 18. Jahrhunderts lokalisiert. Damit einher geht laut Foucault ein neuer Regierungstyp, den er als *Disziplinarmacht* bezeichnet. Die Entstehung sieht Foucault in Wechselwirkung mit den sich ändernden soziopolitischen Bedingungen. Denn die »Macht, deren Modalität und Organisationsschema die Souveränität war, [hätte] sich außerstande gesehen [...], den ökonomischen und politischen Körper einer Gesellschaft zu regieren, die zugleich eine Bevölkerungsexplosion und die Industrialisierung durchläuft.« (Ebd.: 288) Die Disziplinarmacht stellt für Foucault eine moderne Machtform dar, da sie sich auszeichnet durch vielfältig-komplexere Mechanismen und Techniken. Qua »Mikrophysik der Macht« (Foucault 1976) wirkt die Disziplinarmacht nicht mehr primär repressiv über Souveränitätsprinzipien. Angepasst an die gesellschaftlichen Verhältnisse wirkt diese Machtform kontrollierend, regulierend, normierend durch alle Teile der Gesellschaft hinweg. Wirkmächtig wird sie als Panoptismus in Form des Wissens um die eigene Sicht- und damit Überwachbarkeit. Foucault nutzt die Beschreibung des Panoptiums und der darin Gefangenen als Metapher, um zu zeigen, wie moderne Subjekte die (anonyme) Überwachung als Machtsystem internalisieren und wie diese unkörperliche Macht damit »beständiger, tiefer, endgültiger und anpassungsfähiger« (ebd.: 261) in ihrer Wirkungsweise wird:

»Machttechniken entstehen, die wesentlich auf [...] den individuellen Körper gerichtet waren. All diese Prozeduren ermöglichten [...] die Organisation eines ganzen Feldes der Sichtbarkeit rund um diese individuellen Körper. Mit Hilfe dieser Techniken verinnahmte man die Körper [...]. Es handelte sich zugleich um Techniken der Rationalisierung und der strikten Ökonomie einer Macht, die auf am wenigsten kostspielige Weise mittels eines gesamten Systems der Überwachung, der Hierarchie, Kontrolle, Aufzeichnung und Berichte ausgeübt werden sollte.« (Foucault 1999: 279)

Eine weitere Veränderung der Machtausübung identifiziert Foucault im Liberalismus und aufkommenden Neoliberalismus: In den zur Entstehungszeit der Vorlesungen gegenwärtigen Verhältnissen verbunden mit einer Prognose der sich abzeichnenden soziopolitischen Entwicklungen sieht Foucault bedeutsame gesellschaftliche Transformationen. Foucault konturiert die zunehmende Betonung der Freiheit, Autonomie und Eigensteuerung der einzelnen Individuen ebenso wie eine zunehmende Ökonomisierung, die alle Teile der Gesellschaft erfasst. Parallel und quasi zwangsläufig formiert sich ei-

ne neue Machtform, denn wie Foucault nachzeichnet, besitzen die diversen Machtgeflechte und inter- und intrasubjektiven Beziehungen, die (neo-)liberale Gesellschaften kennzeichnen, in ihrer Gesamtheit eine Eigengesetzlichkeit, die nicht beherrschbar wäre durch Souverän oder Disziplinarmacht (vgl. ebd.: 288). Die zunehmende Freisetzung der Individuen geht daher damit einher, dass die äußerlichen Führungsmodi und Rationalitäten in Form institutioneller/organisierter Machtinstanzen abnehmen und Führung immer mehr zur *Selbstführung* wird. Den sich entwickelnden Machttyp bezeichnet Foucault als *Gouvernementalität*. Als dritte Form von Regierung beschreibt Foucault diese neben der souveränen und disziplinierenden Macht in einer Dreiecksmetapher, mit der er kenntlich machen will, dass die Entstehung einer neuen Machtform nicht die anderen ersetzt (vgl. Foucault 2014a). Stattdessen stellen sie drei Achsen dar, »eine Serie komplexer Gefüge«, bei der sich im Laufe der Zeit »das Korrelationssystem zwischen den juristisch-rechtlichen Mechanismen, den Disziplinarmechanismen und den Sicherheitsmechanismen« (ebd.: 22) ändert.

Foucault differenziert für gouvernementale Machtverhältnisse in neoliberalen Gesellschaften drei Dimensionen, im Rahmen derer sich Macht ausprägt. Als erste Ebene fasst Foucault die sogenannten *Herrschaftszustände* (Foucault 1985: 26). Mit diesen bezeichnet er soziale Kräfteverhältnisse, die stabilisiert sind, statisch in ihrem asymmetrischen Charakter. Die Herrschaftszustände sind dem am ähnlichsten, was im herkömmlichen Sinne mit Regierung und Macht verbunden wird. Lemke (2001) beschreibt diese als eine »auf Dauer gestellte und mit ökonomischen, politischen oder militärischen Mitteln institutionalisierte Ausübung von Macht« (ebd.: 118). In neoliberalen Verhältnissen allerdings stellen diese Ausprägungen, das wird in Foucaults Analysen deutlich, eher einen Sonderfall dar. Dementsprechend bildet bspw. die politische Führung in Form des Staates bzw. der Regierung »nur« eine Resultante gesellschaftlicher Machtbeziehungen und damit ein Glied im fluiden Geflecht der Machtstrukturen. Als zweite Ebene charakterisiert Foucault die *Strategischen Beziehungen*. Diese identifiziert er in den Machtverhältnissen im Rahmen der Interaktionen von Subjekten als »Spiele[n], in denen die einen das Verhalten der anderen zu bestimmen versuchen, worauf die anderen mit dem Versuch antworten, sich darin nicht bestimmen zu lassen oder ihrerseits versuchen, das Verhalten der anderen zu bestimmen« (Foucault 1985: 26). Anhand dieser plastischen Beschreibung wird sichtbar, wie sehr Macht in Foucaults Konzeption jeglichen sozialen Beziehungen inhärent und konstitutiv für diese ist. Auch lässt sich konturieren, was Foucault damit meint, dass Machtbeziehungen flexibel und veränderbar sind: Macht existiert in der (Re-)Produktion von Beziehungen und Verhältnissen. So können Subjekte, die Macht ausüben, wie auch die, auf die über Machtbeziehungen eingewirkt wird, zwischen verschiedenen Handlungsmöglichkeiten wählen – zumindest in einem Möglichkeitsfeld. Weiteres Kennzeichen von Machttechniken, wie Foucault sie begreift, ist demgemäß, dass sie nie deterministisch sind im Sinne eines zwangsläufig bestimmten Verhaltens.

Die dritte Ebene der Machtbeziehungen nennt Foucault *Regierung*. Diese konzipiert er als für neoliberale Machtverhältnisse kennzeichnendes Bindeglied zwischen Herrschaftszuständen und Strategischen Beziehungen:

»Man muss die Punkte analysieren, an denen die Techniken der Herrschaft über Individuen sich der Prozesse bedienen, in denen das Individuum auf sich selbst einwirkt. Und umgekehrt muss man jene Punkte betrachten, in denen die Selbsttechnologien in Zwangs- oder Herrschaftsstrukturen integriert werden. Der Kontaktpunkt, an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist, kann nach meiner Auffassung Regierung genannt werden. In der weiten Bedeutung des Wortes ist Regierung nicht eine Weise, Menschen zu zwingen, das zu tun, was der Regierende will; vielmehr ist sie immer ein bewegliches Gleichgewicht mit Ergänzungen und Konflikten zwischen Techniken, die Zwang sicherstellen, und Prozessen, durch die das Selbst durch sich selbst konstruiert oder modifiziert wird.« (Foucault 1993: 203)

Hier konturiert Foucault auf bemerkenswerte Art und Weise die Verknüpfung von Fremd- und Selbstführung in der Gegenwartsgesellschaft und zeigt, dass in dieser Verknüpfung das essenzielle Potenzial für Machtausübung besteht, nämlich im Führen der Führungen (vgl. Foucault 1987): Moderne Machtverhältnisse zeichnen sich aus durch die Vorgabe von Möglichkeitsfeldern, in denen andere *sich selbst* verhalten. Sprich, gouvernementale Macht besteht mit Foucault vor allem darin, das »Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren« (ebd.: 254). Möglich wird dies dadurch, dass mit Liberalismus und Neoliberalismus Subjekte erstmals in der Geschichte frei über ihre Subjektivierung verfügen (zumindest potenziell-theoretisch). Diese Freiheit der Subjekte ist konstitutiver Teil und Instrument der Machttechniken, sie ist »unverzichtbares Element der Regierungsrationalität selbst« (ebd.: 506), gouvernementale Machtbeziehungen funktionieren nur dadurch, dass die einzelnen Subjekte selbstsorglich handlungsfähig sind. Diese interne Regulation der Subjekte bezeichnet Foucault als *Technologien des Selbst*, die dadurch gekennzeichnet sind, dass »das Individuum auf sich selbst einwirkt« (Foucault 1993: 203), es wird »das Selbst durch sich selbst konstruiert oder modifiziert« (ebd.). In diesen Konzeptualisierungen wird dreierlei über Foucaults Verständnis von zeitgenössischer Macht deutlich: Diese ist erstens allgegenwärtig. Sie ist zweitens produktiv, da sie erschafft, nämlich besagte Möglichkeitsfelder und damit Subjektivierung. Und drittens: Moderne Macht wirkt primär indirekt. Über das »Möglichkeitsfeld, in das sich das Verhalten der handelnden Subjekte eingeschrieben hat« (Foucault 1987: 255), sind verschiedenste Formen der Regulierung qua Vorstrukturierung bestimmter Handlungsoptionen vorstellbar. So führt Foucault aus: »Sie [die Macht, Anm. d. Verf.] stachelt an, gibt ein, lenkt ab, erleichtert oder erschwert, erweitert oder begrenzt, macht mehr oder weniger wahrscheinlich; im Grenzfall nötigt oder verhindert sie vollständig.« (Ebd.)

2.1.2 Subjektivierung, Selbsttechnologien und der Homo Oeconomicus

Mit Foucault perspektiviert sind Subjekte in der neoliberalen Gesellschaft »aktivistische Instanzen« (Reckwitz 2008a: 35), die ihre Identität herstellen, indem sie sich selbst führen in Form von Selbstdisziplinierung, (Selbst-)Ermächtigung, Selbst-Regierung in einem Möglichkeitsraum internalisierter Machtverhältnisse, Diskurse, Normalisierungen. Kontemporäre Subjektwerdung skizziert Foucault im Gefüge der Machtbeziehungen.

gen der Regierungstechnologien, im Ineinandergreifen von Fremd- und Selbsttechniken. Subjektivierung stellt somit einen Prozess dar, in dem Machtverhältnisse Subjekte hervorbringen und Subjekte Machtverhältnisse hervorbringen. Dieser Prozess, den Foucault als *assujettissement* bezeichnet, ist also ein doppelsinniger, ambivalenter, da er mit einer Einschreibung des Subjekts in Machtverhältnisse sowohl deren Unterwerfung – nämlich unter bestehende Strukturen – impliziert wie auch gleichzeitig ihre (aktive) Selbstproduktion. Machtverhältnisse beinhalten im Sinne Foucaults nicht Passivität oder reaktives Handeln seitens der Individuen und sind nicht negativ oder repressiv konnotiert. Macht ist stets produktiv, da sie es ist, die Subjektivierungsprozesse überhaupt erst ermöglicht, indem sie Subjekte zu Selbstermächtigung und (Selbst-)Produktion befähigt. Entsprechend schreibt Foucault (1978) über Macht:

»Wenn sie nur repressiv wäre, wenn sie niemals etwas anderes tun würde als nein sagen, ja glauben Sie dann wirklich, daß man ihr gehorchen würde? Der Grund dafür, daß Macht herrscht, daß man sie akzeptiert, liegt ganz einfach darin, daß sie nicht nur als neinsagende Gewalt auf uns lastet, sondern in Wirklichkeit die Körper durchdringt, Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert; man muß sie als produktives Netz auffassen, das den ganzen sozialen Körper überzieht und nicht so sehr als negative Instanz, deren Funktion in der Unterdrückung besteht.« (Ebd.: 34f.)

Ein Merkmal gouvernementaler Machtverhältnisse ist, wie bereits ausgeführt, dass sie eigenverantwortliche, selbstformende Subjekte erfordert und hervorbringt. Der Selbstführung inhärent ist, dass das neoliberale Subjekt über ein bestimmtes Wissen verfügt, anhand dessen es seine Lebensführung ausrichtet. Foucault bezeichnet diese hegemonialen Wissensordnungen als Normalisierungen: von Subjekten selbst erzeugt, internalisiert, fortwährend reproduziert und damit selbstverständliche Möglichkeitsräume für Selbstführung darstellend.

Hier besteht ein essenzieller Unterschied zu Zwängen über Repressionen, Unterwerfung oder Überwachung der zwei anderen Machttypen, die Foucault beschreibt – in seiner Machtgenealogie der Vorlesungen zur Gouvernementalität zeichnet der Autor den Prozess hin zum spezifisch-neoliberalen Selbst-Verhältnis, durch das das zeitgenössische Subjekt »zum Vollzieher seiner eigenen ›Fremdführung‹ wird« (Jäckle et al. 2016: 72) nach: Foucault konturiert die Entstehung einer untrennbaren und konstitutiven Verknüpfung von Macht und Wissen, die ihren Anfang nimmt im Entstehen der »modernen« Macht der Disziplinartechniken im 18. Jahrhundert. Er skizziert die sukzessive Entwicklung zunehmender Selbstüberwachung – von einer Regierungsform unter einem Souverän, die auf unterworfenen Subjekte abzielt, über die Disziplinarmacht, die disziplinierte Subjekte auf der Basis installierter Selbstüberwachung hervorbringt, bei der Subjekte anhand präskriptiv gesetzter Normen formiert werden bzw. sich formieren. Daraus schließlich entwickeln sich die Selbsttechnologien gouvernementaler Gesellschaften, die dadurch gekennzeichnet sind, dass – wie unter der Disziplinarmacht – Selbstüberwachung existiert, jedoch ausgerichtet am empirisch Vorhandenen, den Normalisierungen und Normalfeldern, die die aktuelle gesellschaftlich anerkannte Realität bilden, die sich in hegemonialen Praxen und Diskursen manifestieren und als fraglos Gegebenes erscheinen. Individuen resignifizieren und reproduzieren Normalitäten anhand von (vermeintlicher) Selbststeuerung, ausgerichtet an (vermeintlich)

selbstgewählten Wissensordnungen dadurch, dass sie an Macht(beziehungen) und Diskursen partizipieren, die Möglichkeitsräume bereitstellen und damit Selbstformierung und Subjektivierung hervorbringen, und sind so beteiligt an der permanenten Herstellung hegemonialer Möglichkeitsfelder.

Hier wird die oben beschriebene Aufeinanderbezogenheit und Wechselwirkung deutlich, in der in der gouvernementalen Gesellschaft institutionalisierte Macht-techniken und Selbstführung stehen. Mit diesen *Macht-Wissen-Komplexen* thematisiert Foucault, wie in bestimmten historisch-gesellschaftlichen Konstellationen eine spezifische Art von Wissen und Diskursen entsteht. Diese bilden als »Produktion der aktuellen gesellschaftlich anerkannten Realität« (Franz 2004: 63) den selbstverständlichen, nicht-reflektierten Rahmen, den Subjekte internalisieren, adaptieren und fortschreiben, innerhalb dessen sich Subjekte in jeder alltäglichen Situation mittels Selbstpraktiken realisieren. Unhinterfragte Normalitäten stellen gleichzeitige selbstverständliche Ideale dar. Anhand dieses Wissens richten sich die Subjekte qua Selbsttechniken aus, *normalisieren* sich. Durch die Selbstführung der Subjekte ist die Macht nicht mehr auf bestimmte Felder beschränkt, sondern durchdringt jeden Bereich (vgl. Jäckle et al. 2016). Bei der neoliberalen Selbstführung und Identitätsarbeit fallen also Subjektivierung, Fremd- und Selbsteinwirkungen in eins, sie sind so sehr ineinander verzahnt, dass es unmöglich erscheint, sie getrennt zu betrachten.

Mit neoliberaler Macht, Wissen, Selbstführung und Normalisierung eng verknüpft ist die Ökonomie, die Foucault über ein rein wirtschaftsbezogenes Verständnis hinaus als Teil der Vergesellschaftung ausmacht. Foucault bezeichnet Ökonomie als Hauptwissensform der Gouvernementalität (vgl. Foucault 2014a: 162) und beschreibt sie als »Wissenschaft der Systematizität von Reaktionen auf die Variablen der Umgebung« (Foucault 2014b: 370). Anhand historischer Entwicklungen zeigt Foucault, wie ökonomische Handlungslogiken sukzessive auch in nicht-ökonomische Bereiche vordringen und so Strukturveränderungen auch auf Meso- und Mikroebene bewirken: Die Etablierung der Ökonomie skizziert Foucault mit Beginn der 1970er Jahre in neoliberalen gesellschaftlichen Umgestaltungen, die sich transformieren in Rationalitäten und Modi für Subjektivierung, in Maßstäben wirtschaftlich-effizienten Verhaltens und »marktförmigen Handlungssystemen« (Eser 2005: 160) inter- und intrasubjektiver Beziehungen. Einhergehend mit soziopolitischen Transformationen, wie die Entwicklung von Kapitalismus/Marktwirtschaft und Umstrukturierungsprozessen des Sozialstaats, sieht Foucault eine prinzipielle Ausrichtung an Maßstäben der ökonomischen Effizienz, bspw. durch eine Abkehr vom (fürsorgenden) Wohlfahrtsstaat sowie Prozesse der Deregulierung und Privatisierung. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie vormalig staatlich-institutionell vorgenommene Funktionen als Aufgaben des Individuums installieren. Risiken auf der Ebene des Einzelnen, die ehemals Ziel staatlich-gesellschaftlicher Maßnahmen waren – wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Straffälligkeit, Integration – werden im aktivierenden Staat nach dem Motto *Fördern und Fordern* zunehmend der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Subjekts übergeben. Damit einher geht eine zunehmende Responsabilisierung, d. h. Verantwortungsübertragung in Form von »Lenkung durch Individualisierung« (Foucault 2005b: 273) auf das einzelne Individuum. In eins gehen zunehmend gesellschaftliche Entwicklungen und solche auf Subjektebene; mit Modernisierungsprozessen, Reflexivierung, Optionsvielfalt,

Freisetzung subjektiver Entfaltungspotenziale als Subjektivierungstechniken hat jede/r nun das Recht auf eine selbstbestimmte Entscheidung, aber damit auch gleichzeitig die Pflicht, sich eigenverantwortlich und bestmöglich ausgerichtet an vermarktlichten Prinzipien in Konkurrenz zu anderen selbst »zu managen«. Der Zuständigkeitsbereich für Gesundheit, beruflichen Erfolg, Aussehen, Bildung wird individualisiert, obliegt in der neoliberalen Gesellschaft jedem Subjekt und dessen Selbstsorge. Mit wachsender Autonomie liegt die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg beim handelnden Subjekt und wird der Auswahl der richtigen bzw. falschen individuellen Strategie zugeschrieben. Dies alles kristallisiert sich in Foucaults Definition gouvernementalen Regierens, das er beschreibt als

»aus den Institutionen, den Reflexionen, Berechnungen und Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlaubten, die Form der Macht auszuüben, die als Ziel die Bevölkerung, als Wissensform die politische Ökonomie und als technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.« (Foucault 2014a: 162)

»Basiselement der neuen gouvernementalen Vernunft« (Foucault 2014b: 372) ist der *Homo oeconomicus*, der ökonomische Mensch (ebd.: 368), der als grundsätzliches, generelles Kalkül »die bestmögliche Verwirklichung seiner Interessen« verfolgt (ebd.: 381). Die gesellschaftliche Anrufung, sich stetig weiterzuentwickeln und »das Beste aus sich zu machen«, ist zu einem zentralen Wert in der Biographie jeden Subjekts geworden. Auch als sozialer Akteur handelt der *Homo oeconomicus* in allen Lebensbereichen an wirtschaftlich-konkurrenzialen Marktkriterien orientiert, »rational-kalkulatorische Marktentscheidungen« (Stauff 2005: 221) sind Anreiz und Maßstab für Subjektivierung, Eigenverantwortung und Leistungsethik (selbst)regulierende Imperative. Bröckling (2007) hat hierfür das oft zitierte Schlagwort des »unternehmerischen Selbst« geprägt, Sennett (2000) das des »flexiblen Menschens«.

Hier wird deutlich, dass für das freigesetzte, autonome Subjekt die *Selbstverfügung*, das Recht und die Möglichkeit zur Selbststeuerung, auch die Pflicht zur *Selbstarbeit* impliziert: Neoliberaler Subjektivierung ist inhärent, über das eigene Selbst verfügen zu können und müssen (vgl. Mayer/Thompson 2013). Daraus erwächst ein permanenter Anspruch an die individuelle Selbstoptimierung. Diese *Sorge um sich Selbst* des Subjekts ist geleitet von indirekten Machtmechanismen, Sicherheitsdispositiven, implementiert durch verschiedene Formen von (Fremd-)Führung bzw. Regierungstechnologien im Sinne von regulierenden Zugriffen und »neoliberal gedachten Appellen an die persönliche Selbstverantwortung und das Selbstmanagement« (Hauptert 2010: 91). Im Gegensatz zu den Disziplinartechniken sind mit den Sicherheitsdispositiven und der Selbststeuerung die Instrumente der Machtausübung im Rahmen gouvernementaler Gesellschaften subtiler und gleichzeitig allumfassender geworden. Indem die normalisierenden Machttechnologien als nichts äußerlich Auferlegtes erscheinen, sondern internalisiert und sozialisiert sind, den Subjekten als selbstverständlich wirken und dadurch meist unhinterfragt bleiben, wirken sie umso stärker. Subjektivierung stellt in dieser Perspektive also einen »Formungsprozess [dar], bei dem gesellschaftliche Zurechtung und Selbstkonstitution in eins gehen« (Bröckling 2002: 177).

2.1.3 Das Gouvernementalitätskonzept in der Anwendung der Medienforschung

Arbeiten, die zur Beforschung von Medien auf Foucaults Gouvernementalitätskonzept rekurren, entstanden vereinzelt vor allem seit dem vergangenen Jahrzehnt. Der überwiegende Teil der AutorInnen, die im medienwissenschaftlichen Feld zur Rahmung ihrer Analysen gouvernementalitätstheoretisch argumentieren, stammt aus dem angloamerikanischen Raum (vgl. u. a. Banet-Weiser/Portwood-Stacer 2006, Nolan 2006, Gill 2007, Ouellette/Hay 2013, Janes et al. 2014).

Dennoch lässt sich festhalten, dass das Gouvernementalitätskonzept zur Analyse von Medien – und in geringerem Umfang zur Medienaneignung – unterdessen auch im deutschen Sprachraum angekommen ist (vgl. u. a. Stauff 2005, Thomas 2008, 2010, Seier 2009, Surma 2009, Traue 2009, Reichertz 2011, Sieber 2011, Thomas/Stehling 2012, Engemann 2013, Stehling 2015). Viele AutorInnen fokussieren auf die Rationalitäten und Technologien der Medien im Feld des Politischen. Dabei wird den Medien als machtvollm Wahrheitsregime eine hohe Relevanz für die Vergesellschaftung zugeschrieben (und i. d. R. kritisch reflektiert). Medien werden als gouvernementalisiert gedeutet, da sie als neoliberaler Agens »spezifische Sag- und Sichtbarkeiten« (Sieber 2011: 295) hervorbringen und damit Wissen, Diskurse, Rationalitäten, Modi. Über diese Objektivierungen, so der Tenor, (re-)produzieren die Medien machtvolle Anrufungen und Anleitungen für Selbstführungen. In diesem Sinne konturiert der Medientheoretiker Sieber (2011) diskurs- und gouvernementalitätstheoretisch Mediendispositive als Ordnungsmacht und »mediale Polizei«, die er daraufhin befragt, »welche Politiken sie selbst betreiben« (ebd.: 295). Sieber kommt zu dem Schluss, dass Mediendispositive nicht bloß repräsentative Funktion haben, sondern strategisch-disponierend, strukturierend, normierend (ein-)wirken, da sie »Handlungs- und Wahrnehmungsweisen im Feld des Politischen« (ebd.: 303) diktieren. Mediennutzende erscheinen in diesem Rahmen (nur) als durch die medienimmanent vorgegebenen Technologien und Rationalitäten »(de-)subjektiviert« (ebd.). Einem ähnlichen Ansatz folgt Reichertz (2011), der anhand des Gouvernementalitätskonzepts Medien funktionalistisch als Akteure und Instrumente untersucht, die den gesellschaftlichen Diskurs zur inneren Sicherheitspolitik mitbestimmen. Dies geschieht, so Reichertz, indem einerseits AkteurInnen im sicherheitspolitischen Diskurs ihre eigenen Positionen in die Medien und darüber in die Öffentlichkeit einzubringen suchen. Zudem konzeptualisiert Reichertz Medien als korporierte bzw. eigenständige Akteure, die ökonomisch-marktorientiert sicherheitspolitische Diskurse und Programmatiken transferieren und gestalten. Auch Engemann (2013) untersucht Medien auf Interventionen im Feld des Politischen. Anhand des Konzepts der Gouvernemedialität (Traue 2009, Engemann 2013) analysiert der Autor digitales Identitätsmanagement in der zeitgenössischen Gesellschaft. Der Name als »zentrales Element des Identitätsregimes« (Engemann 2013: 206) dient, so Engemann, zur Festschreibung, Legitimierung und Sichtbarmachung post-moderner Subjekte. Implementiert wird dieses Machtinstrument durch den Staat. Mittels der *Digitalen Identität* versucht dieser die Zuschreibung von Namen zu erreichen und damit die Regierung über lesbare Subjekte im digitalen Raum zu erzwingen:

»Fest steht jedoch, dass die Digitale Signatur als Vermittlung von Individuen, ihren Körpern, ihren Namen und der Staatlichkeit im neuen Schriftraum Internet der Nexus der sich gegenwärtig entfaltenden Gouvernemedialität ist. Die von Foucault beschriebenen Elemente gouvernementaler Politiken, das Selbst und die Körper, werden durch die Digitale Signatur im Internet als auf den Staat vermittelt etabliert und für Politiken adressierbar.« (Ebd.: 224)

Traue (2009) fokussiert auf das Konzept der Gouvernemedialität anhand der digitalen Partizipation in den Neuen/Online-Medien. Nach Traue sind die Neuen Medien, genauer gesagt Internetprotokolle, *gouvernemental par excellence*. Sie wirken machtvoll im Rahmen der Herstellung von Kommunikation und damit Wissen und funktionieren hier sowohl aktivierend als auch beschränkend: Einerseits ermächtigen sie, fordern gar strukturell auf zur Partizipation an digitalen Praktiken und bringen so Selbsttechnologien hervor. Das Besondere ist, dass mit der Entwicklung der Neuen Medien prinzipiell jede/r Medieninhalte produzieren kann. Andererseits aber beschränken die Neuen Medien – zumindest für Nicht-ExperteInnen – das Potenzial, indem sie qua Internetprotokolle einen Möglichkeitsraum vorgeben. Die Protokolle steuern also – im Sinne der Foucaultschen Führung der Führungen – (unbemerkt) die Selbsttechniken der Subjekte. Daher konstatiert Traue:

»Die digitalen Medienverhältnisse sind weder befreiend noch unterwerfend, weder katapultieren sie Nutzer in einen Raum unbegrenzter Kommunikation jenseits aller sozialen Bindungen, noch zwingen sie sie in vorgefertigte Sinnschablonen. Die mediale Struktur der kommunikationsstiftenden Protokolle *ermöglicht* und *begrenzt* zugleich Formen der Kommunikation.« (Ebd.: 14)

Einen anderen Schwerpunkt gouvernementalitätstheoretischer konturierter Arbeit in der Beforschung von Medien stellen mediale Anleitungen für neoliberale Subjektivierungen in Form der Selbsttechnologien dar. Auffälligerweise referenzieren die meisten der ForscherInnen auf das Fernsehen. Im Fokus steht dabei vor allem die Vergesellschaftung von Subjekten qua medialer (Re-)Produktion neoliberaler Selbst-, insbesondere Körpertechnologien. Die Autorinnen Seier (2009) und Surma (2009) untersuchen Makeover-Shows gouvernementalitätstheoretisch als Fernsehen der Mikropolitiken. Sie nennen als zentrales Moment dieser Medientexte das quasi-partizipative Element und die daraus resultierenden Modi für die ZuschauerInnen – »das reichhaltige »Mitmach-Angebot«, das aus Zuschauer/innen potenzielle Kandidat/innen macht und in diesem Sinne das zur Verfügung gestellte Wissen auch am und mit dem »eigenen« Körper nachvollziehbar und »erlebbar« werden lässt.« (Seier/Surma 2008: 175) Seier (2009) interpretiert die Medientexte vor diesem Hintergrund als wirkmächtige Machttechnologien, die dem Subjekt vielfältige und vielzählige neoliberale Modi und Praxen anbieten, die der Optimierung diverser Lebensbereiche dienen. Die Autorin konturiert ihre Analysen anhand der Makeover-Show *The Swan* und stellt in diesem Rahmen den Aspekt der Herstellungsleistung von Individualität als Transformationsprozess und (Re-)Mediatisierung (vgl. ebd.) besonders hervor. Auch Surma (2009) analysiert *The Swan*. Ihr Fokus gilt der medialen Konstruktion eines defizitorientierten Blicks auf den eigenen Körper. Anhand der Entwicklungen der Teilnehmerinnen zeichnet sie exemplarisch nach,

wie Selbsttechnologien im Sinne von Selbstoptimierung hervorgebracht und angeleitet werden. Surma zeigt, wie im Rahmen des Medientextes durch mediale Strategien, bspw. die Präsentation von ExpertInnen oder Kameratechniken, die Notwendigkeit zur Optimierung des eigenen Körpers vermittelt wird. Resümierend argumentiert die Autorin, es sei aufschlussreich aufzuzeigen, wie der

»defizitäre« Ausgangszustand« der Kandidatinnen keinen vor-medialen Ist-Zustand abbildet, sondern wie sich dieser über medientechnologische Verfahren zu allererst als solcher konstituiert. Im Fokus steht dabei die Frage, wie »Handlungsbedarf« bezüglich der Arbeit am Selbst hergestellt wird und welche Aspekte des »Selbst« im Zuge dessen zu Einsatzfeldern deklariert werden.« (Ebd.: 54)

Nach Seier und Surma lassen sich Makeover-Sendungen also bezogen auf gesamtgesellschaftliche Verhältnisse konturieren als Affirmationen des hegemonialen Diskurses, körperbezogene Selbstoptimierung als normalisierte Anforderung zu verinnerlichen. Weiterentwickelt könnte dieser Ansatz als fruchtbare Basis dienen, um zu untersuchen, wie mit der Hervorbringung von »Handlungsbedarf« im Kontext der *Medienaneignung* umgegangen wird. Anhand der Medien ließe sich dann im Foucaultschen Sinne die Funktionsweise von Regierungstechnologien untersuchen, also inwiefern diese einen Kontaktpunkt bilden, an dem exemplarisch sichtbar wird, wie Selbst- und Fremdführung als machtvolle Verquickung hegemonialer gesellschaftlicher Diskurse hervorgebracht werden¹⁰. Hier zeigt sich paradigmatisch ein Defizit vieler gouvernementalitäts-theoretisch argumentierender Analysen, nämlich die Dethematisierung der (aneignenden) Subjekte. I. d. R. untersuchen die Arbeiten primär Medientechnologien, zum Teil konturiert als Reproduktion gesellschaftlicher Programmatiken. Zwar werden teilweise Medien als Regierungstechnologien theoretisiert in dem Sinne, dass Machteffekte von Medien- und Subjektseite *wechselseitig* aufeinander einwirken. In den Analysen spiegelt sich das allerdings kaum wider, da fast ausschließlich die Anrufungen auf Medienseite in den Blick genommen werden. Selbsttechnologien werden zwar implizit mitgedacht, aber selten betrachtet. Die im Modell von Foucault konzipierte produktive Wechselseitigkeit von Machtverhältnissen in Selbst- und Fremdtechnologien im Rahmen von Regierungstechnologien, die Möglichkeit, dass Subjekte mediale Normalitätsfelder in ihrer Aneignung verschieben, wird damit nicht bis zum Ende durchdekliniert.

Stauff (2005) strebt in seinen Untersuchungen zum *Neuen Fernsehen* an, dieses Desiderat zu vermeiden, ein Modell der Medienanalyse zu entwickeln, das umgeht, Lokalitäten und (disparate) Quellen von Macht vorauszusetzen. Dieses scheint Stauff als problematisches Element vieler medienwissenschaftlicher, aber auch gouvernementalitätstheoretischer Arbeiten, die sich mit Medien und deren Rezeption beschäftigten. Denn damit würde, so der Autor, entgegen dem Foucaultschen Gedanken ein repressives, isolierend-dichotomisierendes (Medien vs. RezipientInnen) Machtmodell zugrunde gelegt und fortgeschrieben, »das der Macht zum einen einen Ort und zum anderen

10 Darüber hinaus wäre eine fruchtbare Perspektive, unter dieser theoretischen Rahmung zu fragen, warum sich Makeover-Shows in Deutschland – bspw. im Gegensatz zum US-amerikanischen Fernsehen – nicht etablieren konnten.

eine untersagende Wirkung zuschreibt« (ebd.: 7). Stauffs Ansatz ist es, mittels Foucaults Gouvernementalitätskonzept und Diskursanalyse Medien wie auch deren Nutzung, also »sowohl die heterogene und fortlaufend veränderte Struktur der Techniken und ›Inhalte‹ als auch [...] Rezeption« (Stauff 2009: 72), als Teile von Regierungstechnologien zu analysieren. Er plädiert dafür, Fernsehen diskursiv zu analysieren, um die Machtwirkungen zu dezentrieren und Fernsehen in seinen Veränderungen und Heterogenitäten erfassen zu können – nach Stauff das zentrale Moment des Mediums. Als kennzeichnend für das Dispositiv Fernsehen und »Antriebsmoment von Machteffekten« (Stauff 2005: 9) analysiert Stauff Charakteristika wie Veränderung, Heterogenität, Flexibilität. In Bezug auf die Nutzung/Rezeption denkt Stauff, wie auch die anderen AutorInnen, diese ausschließlich (ein-)gebunden in/an Rationalitäten. Die Theoretisierung von Praktiken und Rationalitäten des Medienhandelns scheint Stauff suspekt, da nicht prägnant, zu sehr auf einen Moment bezogen, methodologisch problematisch. Der Rezeptions- bzw. ZuschauerInnenforschung spricht Stauff insgesamt die wissenschaftliche Erklärungskraft und damit Relevanz ab. Eine Analyse der Rezeption würde, so argumentiert Stauff, zu einer »Homogenisierung von Fernsehen« führen und damit den »kulturellen Stellenwert des Fernsehens gerade verfehlen« (ebd.: 75). Praktiken in Form der Aneignungsprozesse betrachtet Stauff als »immer schon [...] immanenter Teilmechanismus und kein Gegenüber des Mediums« (ebd.: 8). Empirisch meint Stauff diese Machtasymmetrie bspw. daran belegen zu können, dass ZuschauerInnen die rezipierten Medieninhalte i. d. R. in Bezügen zu (dominierenden) gesellschaftlichen Diskursen denken und verbalisieren. Insgesamt schließt Stauff daher:

»Eine abgrenzbare Praxis der ›Aneignung‹, die spezifische Figur des ›Zuschauers‹ lässt sich [...] nur innerhalb der Medien, nicht aber als vorgängiges Gegenüber von Medien, identifizieren und erforschen. Entsprechend lassen sich [...] anhand der Diskursivierungen, Inszenierungsformen, technischen und programmlichen Oberflächen des Fernsehens Aussagen über seine Macht- und Subjekteffekte treffen, die meines Erachtens ›konkreter‹ (und wohl auch präziser) sind als alles Wissen über seine ›tatsächliche Aneignung‹.« (Ebd.: 108)

Stauffs Arbeit ist eine wichtige im Feld gouvernementalitätstheoretischer Medienforschung. Der Ansatz wendet einen Teil von Foucaults Konzept sehr konsequent an, durch seine spezielle Zuspitzung aber scheint er eher singulär für den Forschungsdiskurs nutzbar. Durch die Festlegung auf Regierungstechniken als allumfassende Rahmung für mediale Inhalte und Praktiken werden, wie auch die anderen gouvernementalitätstheoretisch konturierten Arbeiten, Verschiebungen der inszenierten Mediendiskurse im Prozess der Rezeption/Aneignung weitestgehend dethematisiert. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Mehrheit der AutorInnen, die Medienanalysen im Feld des Gouvernementalitätskonzepts verorten, primär die Medien(-technologien) untersuchen. Zwar beziehen sich bspw. Traue (2009) und Engemann (2013) auf Selbsttechnologien, beforschen diese aber nicht (empirisch) auf NutzerInnen-Seite, sondern primär als Möglichkeitsfelder von den Medien ausgehend. In diesem Punkt besteht eine problematische Verengung der Sicht. Medientexten und gesellschaftlichen Programmatiken wird damit die schwerpunktmäßige Geltungs- und Deutungsmacht überlassen und daraus werden automatisch Schlüsse für die Aneignung durch die

Subjekte gezogen. Diese Sichtweise legt das Gouvernementalitätskonzept selbst nahe. Subjekte und Subjektivierung bleiben in dieser Konzeptualisierung eher diffus, da sie in den Machtnetzen lediglich verortet und in (vor-)strukturierten Diskursfeldern analysiert werden. Machteffekte von institutionalisierter bzw. struktureller Seite lassen sich mit Foucault konsequenter konzeptualisieren als komplexe Prozesse auf Seiten des Subjekts. Villa (2013a) konstatiert dementsprechend als allgemeines Manko der Gouvernementalitätsperspektive, diese schließe kurz »von Verhältnissen auf Verhalten oder von Diskursen [...] auf Praxen.« (Ebd.: 64) Eine »Eigenlogik« der Subjektivierungsprozesse, ein Verschieben, Abweichen von den medial präsentierten Ideologien in der Aneignung wird so nivelliert. Kreative Lesarten der Medien, situative Parameter, Gegenkulturen, Guerilla- oder Protestbewegungen, die sich jenseits der medialen Vorzugslesart bewegen, sind nicht denkbar. Auch kritische Lesarten oder das Unterlaufen der Subjektpositionen würden stets im Bezug zu diesen gelesen. Möglich wäre nur ein »un-«, kein »a-« (also außerhalb der inszenierten Subjektpositionen), Subjektivierung geht zwangsläufig in medial präsentierten Normalitätsfeldern auf. Es bleiben entscheidende analytische Leerstellen, wählt man – wie im Fall dieser Arbeit – die Subjektseite als Referenzpunkt.

2.2 Medienaneignung und Cultural Studies

Eine grundsätzliche Annäherung an den Begriff der Medien zeigt eine Fülle an Informationen, Perspektiven, Charakterisierungen. So weit gefasst und vielfältig Medien sind, so reichhaltig sind auch die Themen, Fokusse, Auslegungen und Herangehensweisen. Unzählige Disziplinen haben Schnittstellen mit dem Thema Medien, diese sind in mannigfaltige Diskurse eingebettet, u. a. sozial, wirtschafts- und naturwissenschaftliche, technische, linguistische, historische. Allein in der Medien-/Kommunikationswissenschaft bspw. gibt es diverse Systematisierungen, die Medien u. a. charakterisieren im Hinblick auf Medienart, Funktion, Nutzung.

Gestützt durch Forschungsergebnisse etablierte sich in den Medienwissenschaften und angrenzenden Disziplinen in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis, dass Medientexte polysem sind und vielfältig aufgenommen werden. Mit Aufenanger (1994) fand ein genereller Paradigmenwechsel statt von einer »mechanistischen Konzeption der Medienwirkung hin zu einer handlungstheoretischen Konzeption des Rezeptionsprozesses« (ebd.: 17). Die Forschung nahm im Zuge dessen statt der Medien(-texte) zunehmend die Medienrezipierenden als Subjekte in den Fokus mitsamt ihren sozialen Zusammenhängen und Praxen, Dispositionen, Motivationen und Sinnzuschreibungen. Hier zeigte sich größtenteils ein Bild aktiver RezipientInnen (anstatt passiver KonsumentInnen, auf die die Medieninhalte homogen einwirken würden). Diverse Studien (vgl. bspw. Barthelmes/Sander 1997, Paus-Hasebrink 1999, Fritzsche 2003, Wegener 2008a, Hackenberg/Hajok 2012), die den Umgang mit Medien als Handlungsvollzug untersuchen, kommen zu dem Ergebnis, dass ZuschauerInnen aktiv-produktiv mit Medien umgehen in dem Sinne, dass sie Bedeutungen der Medientexte aushandeln im Kontext ihrer Positionierung, Situierung, Dispositionen, Lebenswelten. Im wissenschaftlichen Diskurs setzt sich mehr und mehr die Ansicht durch, dass Subjekte im Um-